

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land

Amthliches  
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 245

Stolp, Dienstag, den 19. Oktober 1926

50. Jahrgang

## Polnische Drohungen.

### Neue Deutschenheke in Polen.

Vorbereitungen für einen neuen Krieg.

Warschau, 18. Oktober. „Die Deutschen erklären Polen den Krieg!“ Mit diesem Rufe wurde gestern in den Hauptstraßen von Warschau eine Extraausgabe des Warschauer Express ausgeteilt. Es wurde an leitender Stelle die Ernennung des Generals Hege zum Kommandeur der Reichswehr behandelt und diese als eine „Provokation Polens“ dargestellt. Die Ernennung, so schreibt die Zeitung, des als Polenhaßer und Führer des Ostschutzes bekannten Generals, der gegen die Herausgabe der Provinzen Pommern und Posen an Polen seinerzeit protestiert habe und diese mit seinen Regimentern verteidigen wollte, prophezeie einen Krieg zwischen Deutschland und Polen. Darum müsse mit besonderer Freude begrüßt werden, daß Marschall Piłsudski in diesen Tagen eine Inspektionsreise an die polnische Westgrenze vornehmen und Vorbereitungen treffen werde, für einen Krieg mit Deutschland gerüstet zu sein. In ähnlicher Weise schürten andere Piłsudski ergebene Blätter den Haß gegen das Deutschland. Insbesondere sind es der „Express Voranny“ und der „Kurjer Voranny“, die ausschließlich von der Regierung inspiriert, die Hege-Kampagne gegen das Deutschland in erwecken wollen, nicht Polen, sondern Deutschland treibe in einen Krieg.

Die Wit der polnischen Presse kennt auscheinend keine Grenzen mehr. Wir nehmen aber trotz der uns bekannten polnischen Pöbche an, daß Herr Piłsudski es sich zweimal überlegen soll oder nicht, ehe er gegen Ostpreußen loszieht. Die letzte diplomatische Niederlage im Baltikum, die ja auch weitere nach sich ziehen wird, hat die Bemühungen Polens, aus seiner diplomatischen Isolation herauszukommen, nicht ausfichtreich gemacht. Die diplomatischen Vorbereitungen sind also noch miserabler als die wirtschaftlichen, da können die militärischen auch nicht zum Erfolg führen.

### Die Botschaft der Weltwirtschaft.

Einer englischen Anregung entsprungen.

Ueber die Kundgebung, die die internationale Hochfinanz am Mittwoch zu veröffentlichen beabsichtigt, werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Das Manifest der Weltwirtschaft für Handelsfreiheit ist von Persönlichkeiten aus folgenden Staaten unterzeichnet: Oesterreich, Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Holland, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz und Vereinigte Staaten. Es sind nicht etwa lediglich Bankleute an diesem Manifest beteiligt, sondern sehr viele Persönlichkeiten aus Industrie und Handel der einzelnen Länder. Die Franzosen haben ihre Unterschrift mit einem Vorbehalt gegeben, indem sie die Weltwirtschaftlichkeit des Handels als Folge des Krieges betrachten und besonders auf die finanziellen Schwierigkeiten hinweisen, die der Krieg mit sich gebracht hat.

Das Manifest beschäftigt sich in erster Linie mit der großen Verwirrung, die durch die übertriebenen Handels- und Verkehrsbeschränkungen der einzelnen Staaten eingetreten ist und propagiert die Wiedereinführung der Handels- und Verkehrsfreiheit, besonders auch der Passfreiheit.

Das Manifest ist das Ergebnis eingehender internationaler Besprechungen. Es entspringt englischer Initiative, auch die Bearbeitung hat England übernommen. Schon daraus und aus der Verschiedenartigkeit der Namen geht hervor, daß die Kundgebung nicht in unmittelbarer Verbindung mit den Weeden-Besprechungen in Rom liegt.

Das Manifest wird von London aus verandt. An der Spitze der englischen Unterzeichner steht Sir Arthur Balfour, dann folgen der Direktor der Lloyd-Bank, Henry Bell, Lord Bradbury neben vielen anderen Bankleitern, darunter Montague Collet Norman, der Gouverneur der Bank von England, Lionel Rothschild, Felix Schuster, Douglas Vickers, Mc. Kenna und andere. Von deutschen Wirtschaftsführern haben unterschrieben Geheimrat Dr. Bosh von der Chemischen Industrie, Geheimrat Felix Deutsch von der A. G.-S., Dr. Melchior, der Hamburger Bankier, Franz von Mendelssohn, der Präsident der Berliner Handelskammer, Dr. Schacht, der Reichsbankpräsident, Karl Friedrich von Siemens, Franz Urbig von der Diskonto-Gesellschaft, Generaldirektor Bögel von Stahl-Syndikat, und Dr. Witthoft, der Präsident der Handelskammer zu Hamburg. Von amerikanischen Prominenten haben unterschrieben: Morgan, Mc. Carrah, Mitchell, Perkins, Traylor und Albert S. Wiggin.

### Keine Verminderung der Besatzung.

Eine Erklärung des französischen Kriegsministers.

Paris, 18. Oktober. Kriegsminister Painlevé hat erklärt, daß die Gerüchte über eine überfüllte Räumung des Rheinlandes und über Vorbereitungen für den Abmarsch und die Verminderung der Besatzungsarmee unbegründet seien. Wenn er eine Unterredung mit General Guillaumat gehabt habe, so deshalb, um sich über die Ausführung des Planes zu unterrichten, der schon seit mehreren Monaten festgelegt worden sei und sich seitdem nicht geändert habe.

Die „Ausführung des seit Monaten festgelegten Planes“ wird noch lange auf sich warten lassen. Frankreich ist nach der Erklärung des Kriegsministers nicht gewillt, die Versprechungen von Locarno und Thoiry auch nur im geringsten Maße zu erfüllen. Worauf es der französischen Politik ankommt, ergibt sich aus einem Rückblick des „Petit Parisien“ auf das erste Locarno-Jahr, in dem gesagt wird:

Deutschland habe sich ein für allemal verpflichtet, die Westgrenzen des Vertrages von Versailles als unveränderlich anzuerkennen, während die polnischen und tschechoslovakischen Grenzen ebenfalls gegen jeden Angriff durch die obligatorischen Schiedsgerichtsverträge, die einen unveränderten und feststehenden Bestandteil des Vertrages von Locarno bildeten, garantiert seien!

Anlässlich der bevorstehenden Rückkehr des Botschafters von Hoeßel und seiner Besprechungen in Berlin mit Stresmann wird in maßgebenden Pariser Kreisen ausgeführt, daß von Hoeßel keineswegs den Auftrag habe, neue Vorschläge über die deutsch-französische Annäherung der französischen Regierung zu überbringen. Man gebe sich in deutschen Kreisen keiner Illusion mehr darüber hin, daß die Gesamtlösung, die in Thoiry in Aussicht genommen worden sei, eine Fülle von Problemen aufgeworfen habe, deren Entwicklung noch ein monatelanges Studium der betreffenden Sachverständigen nötig mache. Zweifellos sei das Schwergewicht der bevorstehenden Verhandlungen über die deutsch-französische Annäherung augenblicklich zwischen der Schuldenregelung von Amerika und Frankreich und zwischen den Placierungsprojekten, die die Wallstreet für die deutschen Eisenbahnobligationen zu machen habe.

Das Mindeste, was man von Deutschland erwarten könne, sei, daß es seinen großen Kredit, dessen es sich bei der amerikanischen Hochfinanz erfreue, dazu benütze, um dieser klar zu machen, daß eine allgemeine Erleichterung der interalliierten Schulden von der schließlich auch Deutschland den Nutzen haben würde, die Voraussetzung jedes weiteren Fortschritts auch für die geplante deutsch-französische Annäherung bedeute.

### Lochköner für die Deutsche Volkspartei.

Herr Höpfer-Abschaff über innen- und außenpolitische Fragen.

Dortmund, 18. Oktober. In einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei sprach Sonntag der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Abschaff über innen- und außenpolitische Gegenwartsfragen. Er behandelte u. a. die Frage der Auseinanderlegung mit den Hohenzollern, die in den großen Rahmen der politischen Ziele der Reichs- und Staatspolitik habe hineingestellt werden müssen. Dem dem König eingeräumten Wohnrecht sei keine praktische politische Bedeutung beizumessen. Das Entscheidende des jetzt zustandegelommenen Vergleichs sei, daß nun endlich alle Hohenzollern in die Reihe der Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten eingereiht seien. Eine Streitfrage sei aus der Welt geschafft worden, die in den Reihen der Demokraten und auch des Zentrums große Verwirrung angerichtet habe.

Die bisherige Außenpolitik müsse mit aller Entschiedenheit weitergeführt werden. Sie habe ihre Rückwirkungen auch auf die Konstellation der Parteien. Durch die bisherige Außenpolitik seien bedeutende Erfolge (?) erzielt worden. Es habe sich gezeigt, daß ein Abweichen von dieser Außenpolitik immer schwere Erschütterungen mit sich bringe. Eine erfolgreichere Weiterentwicklung sei noch zu erwarten, wenn auch die Sozialdemokraten sich dem großen Block im Reich anschließen. Was die Erweiterung der Koalition anbelange, so dränge die ganze politische Entwicklung dahin, daß die Volkspartei in Preußen in die Große Koalition eintrete. Preußen stehe vor Fragen, die schwer ohne die Volkspartei zu entscheiden seien. Eine große Aufgabe bleibe noch zu bewältigen, das sei die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft. Geringe Anzeichen eines langsamen Wiederaufstiegs seien wohl schon jetzt vorhanden. Die preussische Regierung habe damit begonnen, mit Mitteln aus einer Anleihe zur Linderung der Erwerbslosigkeit beizutragen und Leben in die Wirtschaft zu bringen.

### Die Notstandsarbeiten.

Das deutsche wirtschaftliche Kernproblem ist die Bevölkerungsfrage. Wir haben immer noch eine sehr hohe Erwerbslosenziffer. Es nimmt die Erkenntnis immer mehr zu, daß die Erwerbslosigkeit eine Dauererscheinung des deutschen Wirtschaftslebens sein wird. Das Gleichgewicht der drei Produktionsfaktoren: „Land, Kapital und Arbeit“ ist in Deutschland gestört. Es ist zu wenig Land, zu wenig Kapital, aber zu viel Angebot von Arbeitskraft vorhanden. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Jahren in einem circulus vitiosus. Die Landwirtschaft ist von der Nachfrage der Industrie nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Industrie aber wieder von der Nachfrage der Landwirtschaft nach industriellen Produkten abhängig. Bei beiden fehlt aber das nötige Kapital, um den gegenseitigen Austausch der Erzeugnisse in befriedigender Höhe durchführen zu können. Die Reichsregierung gedenkt die Erwerbslosenfürsorge durch die neue Notstandsaktion zu lösen, da die andauernde Arbeitslosigkeit schwere sittliche, soziale und politische Gefahren in sich birgt. Im Rahmen dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen die Bahnbauten und die Bauten der Post beschleunigt durchgeführt werden, ebenso die Wasserstraßenbauten. Ferner soll der Bau von Landarbeiterwohnungen verstärkt werden. Man plant ferner Bodenverbesserungen, Maßnahmen des Hochwasserschutzes, Verbesserung des Straßensystems usw. Es soll auch eine verstärkte innere Kolonisation stattfinden. Vorläufig sollen die Mittel zur Durchführung dieses Programms aus den laufenden Einnahmen des Reiches gedeckt werden. Später soll der Anleihemarkt dafür dienstbar gemacht werden.

Es muß bezweifelt werden, ob dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung eine wesentliche Besserung unserer gesamten Wirtschaftslage herbeiführen wird. Der Hauptteil der Erwerbslosen wird weiterhin unbeschäftigt und eine unproduktive Last der deutschen Wirtschaft bleiben. Der Staat ist nicht in der Lage, alle die Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt, die Wirkungen der Ueberbevölkerung Deutschlands, der Rationalisierung, die immer weitere Arbeitskräfte freimacht, mit den Mitteln des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms auszugleichen. Bei dem vorgesehenen Arbeitsbeschaffungsprogramm handelt es sich teilweise um vorweg genommene Arbeiten, die an sich erst später auszuführen gewesen wären. Es besteht also die Möglichkeit, daß später infolge dieser fehlenden Arbeiten die Erwerbslosenfrage mit erneuter Schärfe auflebe. Man verspricht sich von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm eine Wiederbelebung der Produktionsfähigkeit der Industrie. Gewiß wird das in einem gewissen Umfange zeitweise eintreten, aber nur für einige Industrien. Die Industriezweige, in denen der kleine Mittelbetrieb überwiegt, werden von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm keine nennenswerten Vorteile haben.

Es ist zweifelhaft, ob die für die Durchführung der Notstandsarbeiten vom Reich aufzunehmenden Kredite als „verwendende“ Anlagen anzusehen sind. Artikel 87 der Reichsverfassung sagt aber ausdrücklich: „Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu wertenden Zwecken beschafft werden.“ Die Zinsen- und Amortisationsquoten für die geplanten Anleihen sind sofort zu zahlen, während eine ausreichende Verzinsung mancher der geplanten Arbeiten sehr zweifelhaft ist. Von einer Produktivität der geplanten Anlagen kann nur in einer aufsteigenden Volkswirtschaft, nicht aber in einer absteigenden die Rede sein. Bei der Unterbringung der Reichsanleihen für die Notstandsarbeiten im Inlande tritt eine Kollision zwischen den Interessen des Reiches und der Privatwirtschaft ein, da auch diese den Kapital- und Geldmarkt jetzt stärker in Anspruch nehmen muß. Es werden durch die Anleihen der deutschen Wirtschaft erhebliche Kapitalien entzogen, einer Wirtschaft, die selbst nicht weiß, woher sie die Mittel für die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe nehmen soll.

Die Bedeutung der inneren Kolonisation für die Besserung unserer gesamten Wirtschaftslage wird von vielen stark überschätzt. In den Jahren nach dem Kriege betrug der Durchschnitt der neu geschaffenen Siedlerstellen im Jahre etwa 2000. Wenn es jetzt gelingen sollte, mit den neuen auszuwerfenen Mitteln in den nächsten Jahren je 7000 neue bäuerliche Siedlerstellen zu schaffen, so wird das Ergebnis als gut bezeichnet werden können. Es bedarf aber keiner näheren Darlegung, daß die Unterbringung von 7000 Siedlern auf dem Lande nicht dazu führen kann, die deutsche Bevölkerungsfrage zu lösen und die Lage der Industrie nennenswert durch den Absatz von Industrieerzeugnissen an die Siedler zu verbessern. Durch eine verstärkte innere Kolonisation wird im günstigsten Falle der Absatz für einige Industrien zeitweise in beschränktem Maße steigen. Es kommen nur das Baugewerbe und die Landmaschinenindustrie dafür in Betracht.

Ferner glaubt man, vielfach, daß die Moor- und Oedlandskultivierung in Deutschland die Lösung des Bevölkerungsproblems und der Wirtschaftslage bringen werde. Das





